



HESSISCHER LANDTAG

04. 07. 2023

KPA

Entschließungsantrag

Fraktion der CDU,**Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN****Förderung von Schüler- und Jugendaustauschfahrten im Blick**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass internationale Schüler- und Jugendaustausche eine bereichernde Erfahrung für die Bildungsbiographie und persönliche Entwicklung junger Menschen darstellen. Sie erweitern den Horizont, fördern die Entwicklung interkultureller Kompetenz, den Erwerb von Fremdsprachenkenntnissen und das Bekenntnis zu Werten der europäischen Einigung und freundschaftlicher internationaler Beziehungen und Partnerschaften. Daher bekennt sich der Landtag zu dem Ziel, dass Auslandsaufenthalte allen jungen Menschen offenstehen und etwaige Zugangsbarrieren immer weiter abgebaut werden sollen.
2. Der Landtag erkennt an, dass die Zahl der hessischen Schülerinnen und Schüler, die an Austauschfahrten teilnehmen, auf hohem Niveau ist und die finanziellen Mittel für Austauschfahrten zuletzt erhöht wurden. In den Jahren 2015 bis 2019 haben jedes Jahr durchschnittlich rund 15.600 hessische Schülerinnen und Schüler an internationalen Austausch- und Begegnungsfahrten teilgenommen (Quelle: Datenbank der Servicestelle Internationale Begegnungen (SIB) am Staatlichen Schulamt für den Landkreis Groß-Gerau und den Main-Taunus-Kreis). In den Jahren 2020 bis 2022 konnten pandemiebedingt keine oder nur eingeschränkt Austauschfahrten stattfinden. Mit den ab dem Haushaltsjahr 2023 zusätzlich zur Verfügung gestellten Landesmitteln zur Förderung internationaler Austausche und Begegnungen (IABF) haben sich die bereitgestellten Haushaltsmittel verdoppelt. So soll es Jugendlichen nach den Pandemie Jahren vermehrt ermöglicht werden, schulische Auslandserfahrungen zu sammeln.
3. Der Landtag erkannt an, dass grundsätzlich jede Begegnung über die eigenen nationalen Grenzen hinweg eine wertvolle Erfahrung für Jugendliche darstellt und deswegen darauf hingewirkt werden sollte, mögliche Zugangsbarrieren weiter abzubauen und somit die Zahl der Jugendlichen mit Austausch- bzw. Auslandserfahrung, insbesondere aus sozioökonomisch benachteiligten Verhältnissen, weiter zu steigern. Damit alle Kinder und Jugendlichen die Chance haben, Auslandserfahrungen zu sammeln, stellt die Landesregierung neben finanzieller Förderung ein umfassendes Beratungs- und Unterstützungsangebot zur Verfügung: Für sämtliche Fragen zu internationalen Austauschprogrammen einschließlich entsprechender Fördermöglichkeiten können sich Interessierte an die Servicestelle Internationale Begegnungen (SIB) am Staatlichen Schulamt für den Landkreis Groß-Gerau und den Main-Taunus-Kreis wenden, die Schulen, Erziehungsberechtigte und die Jugendlichen selbst berät. Damit das vielfältige Förderangebot künftig noch schneller für Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte überblickt werden kann, wird die Landesregierung gebeten, die Informationen und Angebote auf einer Internetseite zu bündeln.
4. Der Landtag befürwortet, dass die Landesregierung Schulen im Rahmen des EU-Förderprogramms Erasmus+ unterstützt und dazu ein Konzept zum Aufbau eines hessischen Erasmus+-Beratungsnetzwerks entwickelt und umgesetzt hat. Erfahrene Lehrkräfte und langjährige Erasmus+-Koordinatorinnen und -Koordinatoren stehen in den vier Schulamtsverbänden für Beratung und Unterstützung der Schulen zur Verfügung. Die konzeptionelle Einbettung der internationalen Lernerfahrungen in die Curricula und Schulprogramme, auch in der beruflichen Bildung, nehmen die Schulen selbstständig vor. Davon profitieren die Schülerinnen und Schüler aller Bildungsgänge und Schulformen. Die Landesregierung wird gebeten, bei den Schulen weiterhin regelmäßig für Tätigkeiten im Bereich der internationalen Austauschfahrten zu werben.

5. Der Hessische Landtag ermutigt darüber hinaus alle Schulen, sich in ihrem Profil zu internationalen Bildungsk Kooperationen zu bekennen, sich um die Aufnahme in Netzwerke wie die der Europaschulen oder der UNESCO-Projektschulen zu bemühen und internationale Austausche und Begegnungen zu Grundsätzen der Schulfahrten in ihr Schulprogramm aufzunehmen. Damit könnten alle Schülerinnen und Schüler der entsprechenden Schulen, ähnlich wie bei der beruflichen Orientierung, gezielt über ihre Zugangsmöglichkeiten zu internationalem, gemeinnützigem Schüleraustausch informiert werden, etwa durch Peer-to-Peer-Angebote oder auch Kooperationen mit Einrichtungen der Jugendarbeit und aus außerschulischen Bereichen.
6. Der Landtag erkennt an, dass die vom Land, vom Bund und von der Europäischen Kommission bereitgestellten Mittel eine bis zu einhundertprozentige Bezuschussung von Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Familien ermöglichen. Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Familien erhalten Zuschüsse für Auslandsaufenthalte mit einer Dauer von wenigen Tagen bis zu einem Jahr. Darüber hinaus können Partnerschulen aus den Erasmus+-Programmländern über eine Erasmus+-Akkreditierung Fördermittel von den nationalen Agenturen erhalten und damit Unterbringungsmöglichkeiten in Apartments, Jugendherbergen oder ähnlichen Unterkünften finanzieren. In der Förderperiode 2021 bis 2027 legt das EU-Förderprogramm Erasmus+ unter anderem einen Förderschwerpunkt auf Inklusion.
7. Der Landtag stellt fest, dass Schulen, die dies aktiv wünschen, durch eine enge Zusammenarbeit mit Trägern der Jugendhilfe sowie mit anderen öffentlichen oder gemeinnützigen Einrichtungen eine gewinnbringende Unterstützung bei der Organisation internationaler Austauschangebote erfahren können. So können z. B. auch bestehende Städtepartnerschaften Ausgangspunkte für internationale Austausche von Schülerinnen und Schülern sein.
8. Der Landtag befürwortet, dass im Rahmen des Lehramtsstudiums bereits zahlreiche Möglichkeiten für Studentinnen und Studenten bestehen, Studienzeiten im Ausland zu verbringen. Dies wird u. a. im Rahmen von Erasmus+ besonders gefördert. Darüber hinaus bestehen für Lehrkräfte im Schuldienst des Landes Hessen aktuell mehrere internationale Austauschprogramme mit unterschiedlichen Ländern, so mit der hessischen Partnerregion Wisconsin oder mit Alberta in Kanada. Zudem wird die Landesregierung gebeten, eine Erasmus+-Akkreditierung der Hessischen Lehrkräfteakademie zu prüfen.

Begründung:

Erfolg mündlich.

Wiesbaden, 4. Juli 2023

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)